

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis: Bei der Post geholt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger oder Boten 2.82 Mk.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 214

Vielefeld-Bethel, Sonnabend, den 13. September 1919.

Jahrgang 1.

Geharnischte Sonnette.

Erstes Sonnett:

Was schmiedest du, Schmied? „Wir schmieden Ketten, Ketten!“
Ach, in die Ketten seid ihr selbst geschlagen!
Was pflügst du, Bauer? — „Das Feld soll Früchte tragen!“
Ja, für den Feind die Saat, für dich die Ketten!
Was zielst du, Schütze? — „Tod dem Hirsch, dem fetten!“
Gleich Hirsch und Reh wird man euch selber jagen!
Was sträfst du, Fischer? — „Reh dem Fisch, dem zagen!“
Aus euerm Todesnetz, wer kann euch retten?
Was wiegest du, schlaflose Mutter? — „Knaben!“
Ja, daß sie wachsen und dem Vaterland
Im Dienst des Feindes Wunden schlagen sollen!
Was schreibest, Dichter, du? — „In Glutbuchstaben
Einschreib ich mein und meines Volkes Schande,
Daß seine Freiheit nicht darf denken wollen!“

Rüder.

Die Ueberlegenheit der deutschen Kultur.

In seinem kurz vor dem Kriege geschriebenen Buche „Deutschland und die Deutschen“ behauptet der Amerikaner Price Collier, daß der hauptsächlichste Beweis für die „Kunstlichkeit“ der deutschen Kultur in ihrer Unfähigkeit bestehe, sich fortzupflanzen und auszubreiten. Deutsche, die aus ihrer „Treibhauszivilisation“ in andere Länder verpflanzt werden, hören bald auf Deutsche zu sein, und nirgend auf der ganzen Welt außerhalb von Deutschland werde deutsche Zivilisation nachgeahmt, geliebt und angenommen. „Der Deutsche“, so lesen wir dort, „begreift nicht, wie es kommt, daß der Pole im Osten, der Franzose im Westen (gemeint sind hier natürlich die Elsaß-Lotharinger) und der Däne im Norden über seine „alte Kultur“, wie er sie nennt, höhnt und spottet, und er ärgert sich maßlos über den Deutschen aus Amerika, der ins Vaterland zurückkehrt, um ebenfalls die Nase zu rümpfen und Gott zu danken, daß er ein amerikanischer und nicht ein deutscher Bürger usw.“

Wie von diesem Amerikaner, so sind im Laufe des Krieges besonders auch von englischer und französischer Seite vielfach Angriffe gemacht worden auf deutsche Kultur, wobei selten veräußert wurde, das Wort mit Anführungszeichen zu versehen, um zu zeigen, daß man in einiger Verlegenheit ist, was man mit dem Worte überhaupt anfangen soll. Es ist hier nicht der Ort, um auf die von Collier und anderen vorgebrachten Anschuldigungen einzugehen. Es genüge je eine Stimme aus dem Osten und aus dem Westen anzuführen, um die Haltlosigkeit derartiger Anschuldigungen zu erweisen und die Behauptung von der „Kunstlichkeit“ der deutschen Kultur ins rechte Licht zu rücken.

In der Warschauer Zeitung „Kurjer Poranny“ vom 7. August findet sich, nach dem „Reichsboten“ (Nr. 406), „ein Brief aus Posen. Von unserem Spezialkorrespondenten“ in dem u. a. folgendes zu lesen ist:

„Heute, bei einem Aufenthalt von einigen Tagen in der Hauptstadt Großpolens (das ist Posen), hatte ich Gelegenheit, Vergleiche anzustellen und einen gewissen Abschluß des Aufbaues und der Organisation des Staatslebens in dieser Provinz rückwärtig zu überblicken. Und man muß anerkennen, daß der Strom des Lebens dort in einem sehr zweckmäßig regulierten Bett dahinströmt, daß das frühere System der deutschen Ordnung noch in den Adern der Gesellschaft verflochten ist, die schon die nötige Achtung vor den Anordnungen der Behörden hat und die nötige Disziplin zu der Bildung von Normen für das tägliche Leben zeigt. Daher dort diese Verhältnisse, die unter allen großen Städten Polens einzig dastehen. Als Beispiel führe ich an, daß nirgend wo anders Droschken und elektrische Bahnverbindungen mit einer so pedantischen Pünktlichkeit funktionieren und so unglaublich billig sind. Und dabei bildet Posen eine Ausnahme unter den Städten, da der Preis einer Droschkenfahrt vom Bahnhof nach der Stadt durch den Targometer festgesetzt, 2 Mark kostet, während ein Fahrchein für die Elektrische 12½ Pfennig kostet. Man kann zweifellos wohlverdiente Hymnen zu

Ehren dieser starken Ordnungsmomente schreiben, die bewirkt haben, daß der Warschauer sich in Posen etwas fremd fühlt, als ob er sich plötzlich mitten in einer anderen Welt befände, in anderer Kultur und unter anderen Sitten und Gewohnheiten. Und dieses ist vielleicht der Ausgangspunkt des Problems, das zu der Zeit, als ich in Posen weilte, fast im Munde aller war: Die Frage der Autonomie Polens durch einen neuen Grenzordon, der dieser Provinz eine von den Einflüssen der benachbarten Teile ungetrübte wirtschaftliche Entwicklung gestatten würde. Denn diese Frage ist heute das Problem, welches am meisten in Großpolen überlegt wird; dies ist nicht nur ein von diesem oder jenem politischen Jongleur aufgeworfener Gedanke, der ihn als einen Versuchsballon in unvollkommenem Zustande losgelassen hätte. Nein, dieser Gedanke bohrt und sitzt tief in den Herzen der hiesigen Patrioten, dieses Problem ist nicht unter dem Gesichtswinkel eines Krähwinkler Partikularismus entstanden, der sich des zweifellos auf gewissen Gebieten höheren Fortschritts der wirtschaftlichen Kultur und Organisation dieser Provinz im Verhältnis zu anderen Teilen Polens bewußt ist.“

Eine bessere Anerkennung der Ueberlegenheit der deutschen Kultur über die polnische, so fährt der „Reichsbote“ fort, kann man sich kaum denken. Da finden wir in dem Warschauer Blatt all das bestätigt, was von deutscher Seite immer wieder in dem Kampfe um die Erhaltung der Ostmark bei Deutschland behauptet worden ist. Da finden wir auch anerkannt, was deutsche Blätter in letzter Zeit oft genug berichtet haben, daß die polnischen Bewohner der Provinz Posen heute schon einsehen, wie gut sie es beim Deutschen Reich gehabt haben, und daß ihr ganzes Streben darauf ausgeht, nicht mit Polen vereinigt zu werden.

Ähnlich liegen die Verhältnisse im Westen, wo gegen alles Recht und Gerechtigkeit, rein deutsche Gebiete vom Reich gewaltsam losgerissen worden sind. Da schreibt ein elsässischer Mitarbeiter des „Reichsboten“ (Nr. 417):

„Die Franzosen erleben wenig Freude mit dem uns ohne jeden Rechtsgrund entzogenen Elsaß-Lothringen. Nach dem ersten Taumel der Einzugs- und Siegesfeste, in den auch ruhigere Elemente mit hineingezogen wurden, kam die Ernüchterung und bald die immer stärker einsetzende Reaktion gegen die Gewaltpolitik der französischen Eroberer. Eine Reihe von großen Kundgebungen und Massenstreiks gab dieser Unzufriedenheit ebenso Ausdruck, wie die Artikel und Einseitungen der fast gesamten elsäss-lothringischen Presse. Selbst Männer wie Wetterlé und Blumenthal beteiligten sich lebhaft an diesen Kundgebungen der Unzufriedenheit gegen das Franzosentum. Erst vor nicht langer Zeit kam es in Straßburg wieder zu Unruhen, die geradezu einen revolutionären Charakter angenommen haben. Die Streikenden haben sogar das Militär angegriffen, acht Soldaten und mehrere Offiziere wurden getötet, hohe Beamte und Militärs verhöhnt und mißhandelt. Die französische Presse sucht diese bedenklichen Vorkommnisse in den wieder gewonnenen Provinzen im allgemeinen zu vertuschen. Nur in der „Humanité“ macht von Zeit zu Zeit der Sozialist Grumbach einen schüchternen Versuch, den Schleier von den unerquicklichen Zuständen in Elsaß-Lothringen zu heben. Wie eine Bombe wirkten so die Enthüllungen des französischen Militärkritikers Verraux, der unter dem Titel „Mr. Verraux en Alsace in Form eines Reiseberichts den Typ des verknöcherten französischen Verwaltungsbeamten schildert, der nach Verraux die Hauptschuld an dem für Frankreich so unerfreulichen Umschlag der Stimmung in Elsaß-Lothringen trägt.“

Herr Verraux (man beachte den Spott, der in diesem Namen allein schon liegt!) beginnt seine Beamtentätigkeit im Elsaß damit, alles zu schulmeistern. Unwissend wie er ist, zerbricht sich dieser französische Verwaltungsbeamte wie er im Buche steht, über keine Frage lange den Kopf. Er ist ein treuer Jünger des Zentralisierungssystems. Paris weiß nach seiner Ansicht alles, deshalb sendet er auch jeden Fall nach Paris zum Studium. Solange aber der Fall in Paris studiert wird, kommt in der Fabrikstadt im Elsaß, in der monsieur Verraux herrscht, alles zum Stillstand. Ein Industrieller findet sich bei dem anmaßend und übermütig

austretenden Verraux ein und weist dringlich auf den ihm dadurch entstehenden Schaden hin, daß die Einfuhr unentbehrlicher, aus der Schweiz bestellter Maschinen verzögert wird. Der Hauptmann — jeder Verraux in Frankreich hat Treffen — behandelt den Zivilisten als Untergebenen und befreit ihn davon, ihm Ratschläge zu geben.“ Die Folge ist, daß die Fabrik schließen muß, und daß Hunderte von elsässischen Arbeitern brotlos werden.

Ein Ingenieur klagt Verraux, daß man in der guten alten, d. h. deutschen Zeit, alle Tage morgens und abends offene Türen fand. Nach dem Bericht des Generals herrscht in Elsaß-Lothringen jetzt eine unerhörte Günstlingswirtschaft. Daher werde trotz aller offiziellen Mache, trotz aller Zapfenstreiche, Übergaben der Schlüssel und trotz aller rauschenden Feste und Fackelzüge die allgemeine Unzufriedenheit in Elsaß-Lothringen immer lebhafter.

Auch andere Stimmen aus dem besetzten Elsaß-Lothringen sind in den letzten Monaten laut geworden, die es klar bezeugen, daß die Bevölkerung mit dem neuen Regime sehr unzufrieden ist. Nach allem zu schließen, kann kein Zweifel bestehen, daß die elsäss-lothringische Frage keineswegs als gelöst anzusehen ist. Infolge der französischen Rückständigkeit, der französischen Willkür und des französischen Eigendünkels hat sich weitester Kreise der Bevölkerung geradezu allgemeiner politischer Ragenjammer bemächtigt. Eine Entwicklung, die natürlich den Parisern stark auf die Nerven geht, der wir aber begreiflicherweise mit einer gewissen Schadenfreude gegenüberstehen. Es wäre Herrn Collier zu wünschen, daß er an Ort und Stelle, im Osten und im Westen neue Erfindungen einzöge über das, was deutsche Kultur da und dort geleistet hat und was polnische und französische Kultur zu leisten imstande sind. Er würde ohne Zweifel Anlaß finden, sein Urteil über deutsche Kultur einer Nachprüfung zu unterziehen, die nicht zu ihren Ungunsten ausfallen würde.

Br. D.

J. G.

Etliche sind zu gewinnen!

Der Artikel „Versöhnungswoche“ in Nr. 206 dieser Zeitung regte mich zu den nachstehenden Ausführungen an. — Maueranschläge der hiesigen U. S. B. sowie eine schriftliche Einladung des Ortsvereins luden mich zu einem Vortrage des in unserer Gegend wirkenden Freidenkerapostels Dr. Kramer ein, in welchem über brennende Kirchen- und Schulfragen geredet werden sollte. Etwa 300 „Unabhängige“, Männer und Frauen — und unreife Jugend — hatten sich eingefunden. Summarisch will ich den Eindruck des Vortrages wiedergeben: Alte, abgerissene Ledenhüter in neuer Aufmachung und „wissenschaftlichem“ Aufputz wurden einer kritischen Masse dargeboten. In absichtlich erzwingender, ruhiger Sachlichkeit wurden einseitige Gesichtsmomente („Surenepäpste“, Inquisition) als die passenden Schlaglichter zur Beleuchtung des Christentums gewählt, die natürlich massenjugendlich grölende Lachstöße auslösten. Der zweite Teil war eine „dogmatische“ Abrechnung mit den christlichen Kirchen, wobei der Redner alles, was er sagte, in seinen, fließenden, schillernden Spott eintauchte. Dann folgten triviale, glatte „Beweise“ gegen das Dasein Gottes — und das ganze Nachwerk gipfelte in einer Aufforderung zum Austritt aus der Kirche und zur Fortnahme der Kinder aus dem Religionsunterricht der Schule. Für mich gab's nichts Neues; neu war mir der glühende Haß und der geradezu empörend wirkende Spott, der geistreiche Lächerlichkeit eines „gebildeten“ Mannes. Als Gegner — den man übrigens, und zur Ehre der Versammlungsleitung sei's gesagt, Ruhe und volle Redefreiheit zuschickte, — trat ein evangelischer Theologe (der Ortspastor), ein Arbeiter und ich als der einzige evangelische Schulleiter des Ortes auf. Was ich sagte, weiß ich noch so ziemlich. Ich habe dem „Herrn Doktor“ recht ehrlich und deutlich gesagt, daß er seinem akademischen Stande wenig Ehre gemacht habe, daß er wissen müsse, wie wenigstens ein gut Teil ernst zu nehmender Wissenschaftler grundanders und grundsätzlich anders über die Probleme dächten. Den Eltern meiner Kinder habe ich versucht, meinen Religionsunterricht zu schildern, und zum Schluß habe ich bekannt, daß ich mich durch jahrelanges Mühen, durch Tag- und Nachtstudium durch alle die Zweifel gerungen hätte, die nun hinter

meinem gewissen und fröhlichen Glaubensleben lägen. Ich habe dann, da ich der Zeit wegen nicht auf die vielen, vom Redner nur angetippten Fragen eingehen könne, jeden zum Besuch und zur Debatte eingeladen und zwar zum ruhigen Austausch in meine Wohnung. Jamos hatte auch unser Pastor den Ton getroffen: ruhig, sachlich, überzeugend.

Heute hatte ich den ersten: den Führer der U.-S.-P.-Leute zur Aussprache. — Ja genau so wie Herr Pfarrer Möller-Witten berichtet: Unverständnis, Vorurteil, falsche Darstellung, Lieblosigkeit. Der Mann ist nicht dumm — und ehrlich ist er. Wir haben miteinander geredet. Es ging ganz nett: er war sehr zuhause hier und da. — Und nun der Erfolg: wir wurden eins, daß ich ihnen einen Vortrag halten sollte unter der Voraussetzung, daß sie mit mir, den sie kannten, alle Fragen, Zweifel usw. besprechen durften. Gut, ich komme. Voraussetzung ist: Ruhe, und Ausschaltung des Pöbels.

Das scheint mir der Weg für die Schwankenden unter den Eltern zu sein, die zur Stellung gegen den Religionsunterricht unbarmherzig gehetzt werden: man muß ihnen nachgehen, man muß drunter gehen, in die Häuser, in die Versammlungen. Wir gewinnen nur die Ehrlichen; aber der Gewinn lohnt sich reichlich. Es steht in vielen ein Schrecken und Fragen; und sie spitzen die Ohren, als ihnen der Redner „Religionserfahrung“ anbot: Stimmung, Einfühlung, Kritik nämlich. — Und wir Lehrer in den Industrie- und Gewerbeorten müssen anfangen; wir kommen noch eher an sie heran als der Pastor. O die Herren sind schlecht gemacht worden! „Und wenn uns des Volkes jammert“, so findet die Liebe schließlich doch einen Weg zu diesem und jenem Herzen, auch bei der U. S. P.

Und das noch: es ist hohe Zeit, daß wir daran gehen, konfessionelle, ihre Schule fordernde Schulgemeinden zu bilden.

Hauptl. Len, Großenbaum, Bez. Düsseldorf.

Der Unterzeichnungsakt in St. Germain.

Rumänien und Südslawien verweigern die Unterschrift.

Wittow, vormittag um 10 Uhr fand im Saale der Stetigkeit im Schloß zu St. Germain die Unterzeichnung, des deutsch-österreichischen Friedensvertrages statt, die sich nach dem gleichen Zeremoniell vollzog, das bei der Unterzeichnung des deutschen Friedensvertrages angewendet wurde. Etwa 300 Personen waren anwesend, darunter 73 Friedensdelegierte und 50 Pressevertreter. Clemenceau leitete die Unterzeichnungszeremonie mit einer kurzen Ansprache ein. Hierauf legte der Vorsitzende der österreichischen Delegation Staatskanzler Dr. Renner seine Unterschrift außer unter dem Vertrag und das Protokoll auch unter die beiden Erklärungen über die Aufrechterhaltung der Volksrechte Ungarns und die Erklärung über die von den österreichischen Streitkräften versenkten Schiffe.

Die rumänische und südslawische Delegation war bei der Zeremonie der Unterzeichnung nicht anwesend. Angeblich haben Rumänien und Südslawien es abgelehnt, den Friedensvertrag mit Österreich zu unterzeichnen, da der in dem Vertrag garantierte Schutz der nationalen Minderheiten durch den Völkerverbund mit ihrer Staatsouveränität nicht vereinbar ist. Um die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Österreich nicht durch diese Opposition zu verzögern, hat der Verbandsrat diesen drei Regierungen eine nachträgliche Frist von drei Tagen für die Unterschrift bewilligt, nach deren Ablauf den sich dann noch meldenden Staaten

rungen durch den Verband mit der Beschränkung ihres Anteiles an den Früchten des Krieges bedroht werden sollen.

Die von Balfour beabsichtigte Note an Rumänien ist nach Bukarest abgegangen. Sie drückt aber die Behauptung, daß der Schutz der Nationalität der Minderheiten durch den Völkerverbund mit der Staatsouveränität Rumaniens nicht vereinbar sei, die Verwunderung der Verbandsmächte aus, da doch auch Polen und Griechenland diese Verträge angenommen haben.

Am Nordschleswig.

Jeder Nordschleswiger muß sich in die amtlichen Listen eintragen lassen.

In wenigen Wochen findet in Nord- und Mittelschleswig, von der Rönne bis zu einer Linie, die etwa 10 Kilometer südlich von Flensburg bis zur Südgrenze des Kreises Tondern verläuft und u. a. die Inseln Selt, Föhr, Amrum mit umfaßt, die Volksabstimmung darüber statt, ob diese Lande deutsch bleiben oder dänisch werden sollen.

Die dänische Agitation für den Anschluß Nordschleswigs an Dänemark wird unter der Leitung des früheren deutschen Reichstagsabgeordneten und jetzigen dänischen Ministers Hansen in dem Abstimmungsgebiet mit Hochdruck betrieben. In der ersten und zweiten Zone finden fast täglich Versammlungen statt, in denen die dänisch gesinnte Bevölkerung Verhaltensmaßregeln erhält, während die unsicheren Kantons durch Versprechungen und günstige Zukunftsaussichten für Dänemark gewonnen werden sollen. In Dänemark werden bereits alle dort ansässigen Personen, die in Nordschleswig geboren sind, für die Abstimmung mobilisiert. Die angeforderten Erhebungen haben ergeben, daß für die erste Zone 15 000 und für die zweite Zone 2000 Stimmen aus Dänemark in Betracht kommen, die natürlich geschlossen für den Anschluß an Dänemark abgegeben werden. Die Stimmberechtigten sollen auf Dampfern nach Wenden, Hadersleben und später nach Flensburg befördert und von dort mit Kleinbahnen und Wagen in die Abstimmungsgebiete gebracht werden. Nach den dänischen Berechnungen ist in der ersten Zone eine Mehrheit für die Angliederung an Dänemark vorhanden; in der zweiten Zone stehen aber die Aussichten der Dänen nicht besonders günstig.

Umsomehr ist es eine Ehrenpflicht aller Deutschen, die in Nordschleswig stimmberechtigt sind, sich für diese Entscheidung über das Schicksal ihrer Heimat in die Listen eintragen zu lassen. Stimmberechtigt sind alle 20 Jahre alten Männer und Frauen, die in diesem Gebiet vor dem 1. Januar 1900 geboren sind, einerlei, wo sie jetzt wohnen.

Alle, die diese Bedingungen erfüllen, werden dringend gebeten, ihre eigenen Adressen, mit genauer Angabe von Wohnort, Geburtsort und Geburtsdatum dem Deutschen Ausschuss für Schleswig-Holstein in Flensburg, Nordhofenenden 20, oder in Berlin C. 2, Burgstraße 30, einzusenden und auch Verwandte und Bekannte, die abstimmungsberechtigt sind, dazu aufzufordern oder dem Ausschuss deren Anschriften anzugeben. Allen, die zur Abstimmung berechtigt sind, und ihr Stimmrecht in der alten Heimat ausüben wollen — es müssen alle, alle sein! — wird freie Reise, freie Unterkunft und freie Verpflegung zugesichert. Es ist dringend erforderlich, daß sich alle möglichst sofort mit Geburts- oder Taufschein, Bescheinigung ihres Wohnortes und möglichst auch mit einem Ausweis mit Photographie, der ihre Frauen außerdem mit einem Trauschein versehen. Alles Nähere wird jedem einzelnen, der sich meldet, von den beiden Auskunftsstellen noch persönlich mitgeteilt werden. Kein Deutscher darf feh-

len, der seine alte Heimat liebt und der nicht will, daß dem Vaterlande wertvolle Gebietsteile entrissen werden. Es kommt auf jede einzelne Stimme an! Helft alle euren bedrohten Brüdern in der Nordmark!

Gegen die polnischen Uebergriffe.

Ein deutsche Note an die Entente.

Seit kurzer Zeit wird von unverantwortlicher polnischer Seite aus Anlaß der Niederwerfung des polnischen Aufstandes in Oberschlesien eine maßlose Hege gegen Deutschland in Wort und Schrift betrieben. Durch aufreizende Artikel und Aufrufe in der Presse sowie durch aufreizende Reden über die Ereignisse und Vorgänge in Oberschlesien, die in zahlreichen Volksversammlungen in allen größeren Orten Polens gehalten werden, wird das polnische Volk in eine gefährliche Erregung versetzt und zu Gewalttaten aufgehetzt. Unverhüllt wird bewaffnetes Einschreiten, also der Krieg, gefordert und zur Bildung von Freischaren aufgerufen.

In einer Note an die Entente bezieht es die deutsche Regierung daher als eine ernste Pflicht vor polnischen Regierung, diesem Treiben entgegenzutreten und mit allen Kräften auf eine Beruhigung der öffentlichen Meinung in ihrem Lande hinzuwirken. Die deutsche Regierung geht in der Note auf die fortgesetzten Angriffe der polnischen Banden auf unsere Grenzschutztruppen näher ein:

Eine fortgesetzte Quelle der Beunruhigung liegt in den Umständen, daß die in der Nähe der Grenze zum Schutze der Ortsschaften und zahlreichen industriellen Niederlassungen stehenden deutschen Truppen fortgesetzt Angriffen seitens polnischer Banden ausgesetzt sind. Diese Banden stoßen unvermehrt über die Grenze vor, fügen den deutschen Mannschaften Verluste zu und ziehen sich sobald stärkere deutsche Kräfte erscheinen, ebenso schnell über die Grenze wieder zurück. Es bedarf der ganzen Selbstbeherrschung der deutschen Truppen, daß sie sich nicht in der Verfolgung solcher Banden zu Grenzverletzungen hinreichend lassen. Hier genügt es nicht, daß die polnischen, an der Grenze befindlichen Streitkräfte untätig bleiben, vielmehr wäre es dringend erforderlich, daß diese Streitkräfte für eine scharfe Abspernung der Grenze gegen den Uebertritt von Banden sorgen und daß sie verhindern, daß sich diese Banden mit Waffen und Munition versehen.

Eine Fortdauer der jetzigen auf die Dauer sowohl für die Truppen wie für die Grenzbevölkerung unerträglichen Zustände würde den Eindruck erwecken, daß die polnischen Ueberfälle mit Wissen und Duldung der polnischen Militärbehörden erfolgen.

Die deutsche Regierung weist schließlich mit Nachdruck darauf hin, daß sie in enger Verbindung mit der preussischen Regierung aus Rücksichten des allgemeinen Friedens und des öffentlichen Wohles mit Erfolg bemüht ist, in Oberschlesien die Ruhe und Ordnung und damit die Fortführung der Arbeit und Produktion zu sichern.

Keine Beilegung Oberschlesiens.

Als Grund des Vertriebes, den die in Oberschlesien unter Führung des Generals Dupont weilende Entente-Kommission nach Paris gesandt hat, ist, wie verlautet, in Berlin eine Note der Entente eingetroffen. Wie sich aus dem Inhalt der Note ergibt, nehmen die Alliierten in ihrem Urteil über die oberschlesischen Verhältnisse und den Polenaufstand einen durchaus objektiven Standpunkt ein. Von einer vorzeitigen Beilegung des oberschlesischen Gebietes kann nicht die Rede sein.

Der „Heeresbericht“ der Aufständischen.

Die geflüchteten oberschlesischen Aufständischen geben nunmehr selbständige Heeresberichte heraus. Der unter dem 5. September herausgegebene Bericht aus Sosnowice lautet: Am 31. August 10 Uhr abends sprengten wir nördlich von Tarnowitz die Eisenbahn-

Die Verfassung des Deutschen Reichs.

Vom 11. August 1919.

Fortsetzung.

Artikel 199.

Auf natürlichen Wasserstraßen dürfen Abgaben nur für solche Werke, Einrichtungen und sonstige Anlagen erhoben werden, die zur Erleichterung des Verkehrs bestimmt sind. Sie dürfen bei staatlichen und kommunalen Anlagen die zur Herstellung und Unterhaltung erforderlichen Kosten nicht übersteigen. Die Herstellungs- und Unterhaltungskosten für Anlagen, die nicht ausschließlich zur Erleichterung des Verkehrs, sondern auch zur Förderung anderer Zwecke bestimmt sind, dürfen nur zu einem verhältnismäßigen Anteil durch Schiffsabgaben aufgebracht werden. Als Herstellungskosten gelten die Zinsen und Tilgungsbeträge für die aufgewandten Mittel.

Die Vorschriften des vorstehenden Absatzes finden Anwendung auf die Abgaben, die für künstliche Wasserstraßen sowie für Anlagen an solchen und in Häfen erhoben werden.

Im Bereiche der Binnenschifffahrt können für die Bemessung der Befahrungsabgaben die Gesamtkosten einer Wasserstraße, eines Stromgebiets oder eines Wasserstraßennetzes zugrunde gelegt werden.

Diese Bestimmungen gelten auch für die Flößerei auf schiffbaren Wasserstraßen.

Auf fremde Schiffe und deren Ladungen andere oder höhere Abgaben zu legen als auf deutsche Schiffe und deren Ladungen, steht nur dem Reiche zu.

Zur Beschaffung von Mitteln für die Unterhaltung und den Ausbau des deutschen Wasserstraßennetzes kann das Reich die Schiffsabgabenbeteiligten auch auf andere Weise durch Gesetz zu Beiträgen heranziehen.

Artikel 100.

Zur Deckung der Kosten für Unterhaltung und Bau von Binnenschifffahrtswegen kann durch ein Reichsgesetz auch herangezogen werden, wer aus dem Bau von Talsperren in anderer Weise als durch Befahrung Nutzen zieht, sofern mehrere Länder beteiligt sind oder das Reich die Kosten der Anlage trägt.

Artikel 101.

Aufgabe des Reichs ist es, alle Seezeichen, insbesondere Leuchttürme, Feuerschiffe, Bojen, Tonnen und Baken in sein Eigentum und seine Verwaltung zu übernehmen. Nach der Übernahme können Seezeichen nur noch vom Reiche oder mit seiner Zustimmung hergestellt oder ausgebaut werden.

Siebenter Abschnitt.

Die Rechtspflege.

Artikel 102.

Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetze unterworfen.

Artikel 103.

Die ordentliche Gerichtsbarkeit wird durch das Reichsgericht und durch die Gerichte der Länder ausgeübt.

Artikel 104.

Die Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit werden auf Lebenszeit ernannt. Sie können wider ihren Willen nur kraft richterlicher Entscheidung und nur aus den Gründen und unter den Formen, welche die Gesetze bestimmen, dauernd oder zeitweise ihres Amtes enthoben oder an eine andere Stelle oder in den Ruhestand versetzt werden. Die Gesetzgebung kann Altersgrenzen festsetzen, bei deren Erreichung Richter in den Ruhestand treten.

Die vorläufige Amtsenthebung, die kraft Gesetzes eintritt, wird hierdurch nicht berührt.

Bei einer Veränderung in der Einrichtung der Gerichte oder ihrer Bezirke kann die Landesjustizverwaltung unfreiwillige Versetzungen an ein anderes Gericht oder Entfernungen vom Amte, jedoch nur unter Befehl des vollen Gehalts, verfügen.

Auf Handelsrichter, Schöffen und Geschworene finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

Artikel 105.

Ausnahmegerichte sind unstatthaft. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Die gesetzlichen Bestimmungen über Kriegsgerichte und Standgerichte werden hiervon nicht berührt. Die militärischen Ehrengerichte sind aufgehoben.

Artikel 106.

Die Militärgerichtsbarkeit ist aufzuheben, außer für Kriegzeiten und an Bord der Kriegsschiffe. Das Nähere regelt ein Reichsgesetz.

Artikel 107.

Im Reiche und in den Ländern müssen nach Maßgabe der Gesetze Verwaltungsgerichte zum Schutze der einzelnen gegen Anordnungen und Verfügungen der Verwaltungsbehörden bestehen.

Artikel 108.

Nach Maßgabe eines Reichsgesetzes wird ein Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich errichtet.

Zweiter Hauptteil

Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen.

Erster Abschnitt.

Die Einzelperson.

Artikel 109.

Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.

Öffentlich-rechtliche Vorrechte oder Nachteile der Geburt oder des Standes sind aufzuheben. Adelsbezeichnungen gelten nur als Teil des Namens und dürfen nicht mehr verliehen werden.

Titel dürfen nur verliehen werden, wenn sie ein Amt oder einen Beruf bezeichnen; akademische Grade sind hierdurch nicht betroffen.

Orden und Ehrenzeichen dürfen vom Staat nicht verliehen werden. Kein Deutscher darf von einer ausländischen Regierung Titel oder Orden annehmen.

Artikel 110.

Die Staatszugehörigkeit im Reiche und in den Ländern wird nach den Bestimmungen eines Reichsgesetzes erworben und verloren. Jeder Angehörige eines Landes ist zugleich Reichsangehöriger.

Jeder Deutsche hat in jedem Lande des Reichs die gleichen Rechte und Pflichten wie die Angehörigen des Landes selbst. (Fortsetzung folgt.)

und der nicht
Gebietsteile ent-
einzelne Stimme
rn in der Nord-
bergriffe.
entente.
verantwortlicher
Niederwerfung
sien eine maß-
und Schrift be-
und Aufrufe in
Medien über die
ien, die in zahl-
größeren Orten
linische Volk in
zu Gewalttaten
des Einschreiten,
r Bildung von
e bezeichnet es
e ernste Pflicht
entgegenzu-
ine Verhütung
de hingenwirken.
der Note auf
den Banden auf

ung liegt in den
en zu Schu-
len Niederlassun-
gelegen Angreifer
sind. Die
renge vor, fügen
und ziehen sich
en, ebenso schnell
dabei der ganzen
daß sie sich nicht
Grenzverletzungen
daß die polni-
kräfte untätig blei-
verlich, daß die
verrinnung bei
nden sorgen um
den mit Wasser
Dauer sowohl für
unerschütterlich
daß die polni-
und Duldung
en erfolgen.
schlich mit Nach-
Verbindung mit
chten des allge-
en Wohles mit
die Ruhe und
der Arbeit und

ens.
in Oberschlesien
eilende Entente-
wie verlautet,
getroffen. Wie
bt, nehmen die
oberschlesischen
einen durchaus
vorzeitigen Be-
kann nicht die
ndischen.
aufländischen ge-
e heraus. Der
ne Bericht aus
10 Uhr abends
die Eisenbahn-

eben, außer für
ffe. Das Nähere
n nach Maßgabe
he der einzelnen
er Verwaltungs-

wird ein Staats-
Deutschen.

ch.
tlich dieselben
teile der Geburt
elsbezeichnungen
rten nicht mehr
enn sie ein Amt
Grade sind hier-
Staat nicht ver-
ischen Regierung

in den Ländern
sefches erworben
ndes ist zugleich
des Reichs die
Angehörigen des
tsetzung folgt.)

brücke. Duro Verscheiden der Telegraphen- und Fern-
sprechdrähte wurde Tarnowitz abgeschlossen. Am 31.
nachts sprengten Teile des Grenzschutzes die Brücken-
brücke bei Sosnowitz. Am 1. 9. um 1 Uhr nachts
griff eine Grenzschutzkompanie Petrowitz mit zwei
Maschinengewehren an und beschloß das Dorf. Der
Kampf dauerte drei Stunden. Dann zog sich der
Grenzschutz zurück. Der Kommandant dieser Abteilung
Manner ist schwer verwundet. Auf unserer Seite keine
Verluste.

Die Kohlenförderung in Oberschlesien.

Die Normalförderungsziffer einer Woche betrug
vor Beginn der Unruhen in der Zeit vom 28. Juli
bis 2. August 86 622 Tonnen. Vom 4. bis 9. August
sank die Ziffer auf 82 405 und vom 11. bis 16. August
weiter auf 31 488 Tonnen. Zurzeit des eigentlichen
Generalstreiks wurde nicht gefördert. Nach Beilegung
der Unruhen in der Woche vom 25. bis 30. August
wurden 75 681 Tonnen, und in der Woche vom 1. bis
6. September 87 198 Tonnen gefördert. Damit ist die
Ertragsziffer bereits über den Stand der letzten Juli-
woche gestiegen. Zurzeit werden bereits über 90 000
Tonne Wochendurchschnitt gefördert, und man hofft,
daß bei Fernhaltung jeder politischen Agitation die
steigende Tendenz weiter anhalten wird.

Rückkehr zum Altkorbsystem.

Probeweise Einführung des Altkorbsystems in den Eisen-
bahnbetrieben.

Die seit einigen Tagen im Reichsarbeitsministe-
rium zwischen den Vertretern der Regierung und den
Beauftragten der Eisenbahnerverbände geführten Ver-
handlungen nähern sich jetzt ihrem Ende. An Hand
des statistischen Materials wurde nachgewiesen, daß der
Rückgang der Produktion in den Eisenbahnbetrieben
katastrophal sei. Denn wenn die Reparaturarbeiten
nicht binnen kürzester Zeit auf den früheren Stand
gebracht würden, dann sei ein Zusammenbruch des
Wirtschaftslebens unvermeidlich. Die
Kohlenströme sei zum Teil durch das Verkehrselend
bedingt. Hier müsse unter allen Umständen Wandel
geschaffen werden. Die Produktion in den Werksstätten
sei trotz aller Verfügungen und entgegenkommenden
Bestimmungen des Eisenbahnministers stets weiter ge-
sunken. Die Arbeitsunlust gewisser radikaler Kreise
habe verhängnisvoll auf die Teile der Arbeiterschaft ge-
wirkt, die bisher einer besseren Einsicht zugänglich
war. Es sei unmöglich, daß der Staat an Abhängen
Milliarden nur für die Anwesenheit der
Arbeiter

zahle. Das einzige Mittel, um die verhängnisvolle
Arbeitsunlust aus den Betrieben zu bannen, sei die
Einführung der Altkorbarbeit. Aus den wei-
teren Verhandlungen ergab sich, daß der Eisenbahn-
minister ein Arbeitsreformprogramm ausgearbeitet hat,
das zur Durchführung gelangen soll. Die Vertreter
der Eisenbahner machten, wie leider nicht anders zu
erwarten war, Bedenken gegen die Einfüh-
rung des Altkorbsystems geltend. Man müsse
damit rechnen, daß etwa durch die kategorische Ein-
führung des Altkorbsystems eine sehr gereizte Stim-
mung unter den Arbeitern ausgelöst werde, die man
gerade jetzt vermeiden müsse. Namentlich die radi-
kalen Kreise würden die Einführung des Altkorbsystems
dazu benutzen, um für einen Streik Propaganda zu
machen. Die einzelnen Verbände haben inzwischen
zu der Altkorbfrage Stellung genommen. Man ist zu
der Erkenntnis gekommen, daß bei der gegenwärtigen
Berlotterung innerhalb des ganzen Eisenbahnwesens
eine grundlegende Besserung sich mit den bisherigen
Mitteln kaum erzielen läßt. Die Werkmeister und die
Unterführer seien gegenüber dem Terror, namentlich
der Kommunisten vollkommen machtlos. Es ist des-
halb nicht ausgeschlossen, daß auch die großen Eisen-
bahnerverbände schließlich der Not gehorchend, dem
Altkorbsystem zustimmen werden. Der Allgemeine Eisen-
bahnerverband, der inzwischen eine Vorstandssitzung
einberufen hat, steht auf dem Standpunkte, daß man
zwar prinzipiell dem Altkorbsystem nicht zustimmen
könne, daß aber in einigen Werksstätten die Altkorb-
arbeit probeweise für drei Monate eingeführt wer-
den solle.

Deutsches Reich.

General Märker ist zum Oberbefehlshaber des säch-
sischen Teiles der Reichswehr ernannt worden.
Die preussische Staatsregierung hat den Geheimen
Oberregierungsrat Brügger im Ministerium für Wissen-
schaft, Kunst und Volksbildung zum Präsidenten der Re-
gierung in Köln ernannt.
Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat be-
stimmt, daß mit dem 9. September die Pflicht der Kommu-
nen, Frischgemüse aus den Anbauverträgen abzunehmen,
erloschen ist. Gleichzeitige sind die Höchstpreise für Erbsen,
Bohnen und Kohlrabi aufgehoben worden.
Nach zuverlässigen Nachrichten haben die Polen
den Personenverkehr auf der Strecke Posen-Wliska eingewillt.
Zugungen besteht noch der Güterverkehr.

Erzberger über seine Fehler. Das „Journal
de Geneve“ veröffentlicht einen Brief des Reichsminis-
ters Erzberger, in dem er das Ausland auffordert,
Vertrauen zu der Verwirklichung der sozialen und
demokratischen Republik in Deutschland zu haben. Erz-
berger verweist darauf, daß Frankreich mit Un-
sicherheit eine Kompensation von unermesslichem
Wert erhalten hat, und bezeichnet Deutschland als
einen Damm gegen die bolschewistische Gefahr. Zum
Schluß zitiert der Minister das Sprichwort: „Wel-
cher Feind, das ist der Feind“ und meint: „Ich bin der erste,
der zugibt, daß ich in meiner politischen
Laufbahn Fehler begangen habe. Besonders
während des Krieges habe ich erst nach und nach,
nicht ohne heftige innere Kämpfe, erkannt, daß vieles
von dem, was ich früher für recht hielt, und für
das ich mich eingesetzt habe, schlecht war, daß unsere
nationale Erziehung, unsere Einrichtungen, unsere
Viele von Grund auf geändert werden müßten. Diese
Erkenntnisfehler hatte auch die Mehrheit meiner
Landesleute begangen, und man kann hinzufügen: Auch

unsere Gegner haben gelernt, die Dinge anders zu
sehen und sich zu anderen Auffassungen zu bekehren.“

Ein neuer Religionsunterrichtslehre des preu-
sischen Kultusministers. Auf eine Anfrage des Provin-
zialschulkollegiums Koblenz betreffend Teilnahme von
Lehrern und Schülern an kirchlichen Veranstaltungen
hat der Unterrichtsminister Haenisch folgenden Er-
laß den Regierungen und Provinzialschulkollegien über-
mittelt: „In den Schulferien mit religiösem Charakter
gehören auch die herkömmlichen, von der Schule ver-
anstalteten Morgenandachten und Schulgottes-
dienste, auch Schulmessen, gleichviel, ob sie in
der Schule selbst oder in einer benachbarten Kirche
stattfinden, ob sie an Werktagen oder an Sonntagen
gehalten werden. Schüler, die vom Religionsunter-
richt befreit sind, brauchen daran nicht teilzuneh-
men. Auch die übrigen Schüler sind nicht durch dis-
ziplinarische Mittel zum Besuche dieser kirchlichen Ver-
anstaltungen anzuhalten. Die Befreiung vom Reli-
gionsunterricht findet zu Beginn des Schuljahres
für das Schuljahr statt. In den kirchlichen Ver-
anstaltungen außerhalb der Schule rechnen Gemeindeg-
ottesdienste, Prozessionen und andere kirchliche Feiern,
die nicht Veranstaltungen der Schule sind.“

Schulvorschuß an die preussischen Staats-
beamten. Die preussische Staatsregierung hat sich, wie
wir von zuständiger Seite erfahren, veranlaßt ge-
sehen, den zahlreichen in letzter Zeit an sie gerichteten
dringenden Bitten und Anträgen auf Gewäh-
rung einer Vorzuschußzahlung auf das nächstfolgende
wöchentliche Gehalt der Beamten stattzugeben. Dementspre-
chend sind die einzelnen Behörden von den übergeord-
neten Ministerien ermächtigt worden, auf Antrag den
planmäßigen Beamten auf die am 1. Oktober d. Js.
fälligen Dienstbezüge einen Voranschlag in Höhe eines
Monatsbetrages, mindestens aber 500 Mark, und den
außerplanmäßigen Beamten und Lohnangestellten hö-
herer Ordnung die am 1. Oktober oder 30. Septem-
ber d. Js. fälligen Dienstbezüge schon jetzt zu zahlen.

Legation des Rheinlandsbundes. Der kürz-
lich in Köln gegründete Rheinlandsbund, der nach der
Ankündigung aus Mitgliedern aller Parteien zusam-
mengesetzt ist, wobei aber ansehnlich die Unabhän-
gigen und die um den Zentrumsaußensteiter Haupt-
mann gestarteten rheinischen Bauern stark überwiegen,
entschließt sich, ein französisches Gebiet eine rege
Agitationsaktivität. Der Straßenanschlag, der zur Bil-
dung des Rheinischen Republik namens des Rheinlands-
bundes aufgeführt und seit Wochen im britisch besetzten
Gebiet verboten ist, wird mit Erlaubnis der Fran-
zosen nunmehr in der französischen Zone erscheinen.
Der Rheinlandsbund gibt fortan eine zweimal wöchent-
lich erscheinende Zeitung heraus.

Die Belgier bedrohen Düsseldorf mit Artillerie-
beschüssen. Bei der belgischen Besetzung des links-
rheinischen Gebietes ist eine starke Nervosität, die
wohl auf die Angst vor dem Bolschewismus zurück-
zuführen ist, zu bemerken. Wiederholt wurden Ueber-
fälle auf belgische Posten von dem Kommandanten
unter schwerster Strafbefehl bekanntgegeben, bei
denen es sich lediglich um Wiederholen der eigenen Sol-
daten handelte. Jetzt erklärt der Kommandant in
Düsseldorf-Oberstadt die unglaubliche Anklage, er
werde, wenn noch einmal belgische Soldaten belästigt
würden, die Stadt Düsseldorf ohne weitere
Warnung unter Artilleriefeuer nehmen, um
den Rückzug des im Düsseldorf Hafen liegenden
belgischen Baggagekommandos zu sichern. Die belgische
Pazifikkontrolle ist in den letzten Tagen wieder so scharf
wie in den ersten Wochen der Besetzung.

Die Beschaffungshilfe für die preussischen
Staatsbeamten. Der Hauptausschuß der preussischen
Landesversammlung zur Beratung der neuen einma-
ligen Beihilfen, die den Staatsbeamten, Lehrern ufw.
gegeben werden soll, trat am Donnerstag zu einer
Sitzung zusammen, an der die Minister Hirsch, Südekum
und Defer teilnahmen. Minister Südekum be-
zeichnete die finanzielle Lage Preußens als ver-
zweifelt. Er schlug vor, den bereits erhobenen
Zuschlag zur Vermögenssteuer noch einmal zu erhe-
ben, um einen Ausgleich für die neuen Ausgaben
zu schaffen. Beamte im Ruhestande und Hinterblie-
bene von Beamten sollten im Falle des Bedürfnisses
einmalige Beschaffungshilfen ohne neuen Antrag
oder neuen Bedürfnisnachweis erhalten. Von allen
Bedürfnissen wurde das Erlernen und Befremden über
die Haltung der Reichsregierung ausgeprochen. Von
den Beamtenvertretern in Weimar sei schon deutlich
zum Ausdruck gebracht worden, daß auch die neuen
Forderungen bewilligt werden müßten. Die sozialdemo-
kratischen Redner machten besonders darauf aufmerk-
sam, daß es unmöglich sei, den Beamten die Zu-
lagen zu bewilligen, ohne gleichzeitig den Staats-
arbeitern neue Zulagen in angemessener Höhe
zu gewähren. Seitens der Bergarbeitervertreter aus
den Kreisen der Sozialdemokratie und des Zentrums
wurde auf die ungeheure Erregung im Ruhrrevier
hingewiesen. Die Bergarbeiter schafften, was in ihren
Kräften stünde, die Produktionshöhe von 1917 sei wie-
der erreicht. Kein gerecht denkender werde es ihnen
verdenken, daß sie dann neue Forderungen aufstellen
werden. Die Reichsregierung sei kümmerlich mutlos,
daß sie diese neue Krise herbeigerufen hätte. —
Man war sich darüber einig, daß die Zulagen jetzt
bewilligt werden müßten, und zwar möglichst allge-
mein. Die Abstimmung wurde auf Freitag verschoben.

Rundschau im Auslande.

Wie das litauische Pressebureau mitteilt, wurde im
Anschluß an die Entdeckung einer polnischen Verschwörung
gegen die litauische Regierung über Kowno der Verlage-
rungsaufstand verhängt. Mehrere polnische Adelsführer wur-
den verhaftet.

Die tschechische Nationalversammlung hat beschlos-
sen, daß die Tschecho-Slowakei den mit Polen abzuschließen-
den Friedensvertrag nicht unterzeichnen werde, wenn die
Tschechen Frage zugunsten der Tschechen gelöst würde.

Die britische Admiralität hat Befehl erteilt, die
Schlachtkräfte der Flottenflotte und die vierte und fünfte
Pazifikflotte vom 1. Oktober an auf Meereskräfte her-
abzusetzen.

Bei weitem der größte Teil des russischen Nord-
korps des Generals Judentich ist im Raum von Pleskau
von den Bolschewiken eingeschlossen. Das Schicksal des Ge-
nerals Judentich ist unbekannt.

In Archangel'sk (Nordrußland) hat ein riesiger
Brand zahlreiche Sägemühlen zerstört. Der Schaden be-
trägt 6 Millionen englische Pfund. Wie verlautet, haben
bolschewistische Gefangene, die in das russische Freiwilligen-
heer eingereiht worden sind, den Brand angezündet.

Oesterreich: Otto Bauer über die Anschlussfragen.

Der frühere deutsch-österreichische Staatssekretär des
Außenen, Dr. Otto Bauer, sprach in einer Wählerver-
sammlung in Wien über den eben unterzeichneten Gewalt-
frieden von St. Germain und den vorläufig vereitelten
Anschluß. Bauer machte Mitteilungen über die sehr weit
gehehenen Anschlussverhandlungen in Weimar. Die deutsch-
österreichische Kriegsanleihe sollte vom Deutschen Reich mit-
bezahlt werden. Die Eisenbahnen sollten an die reichsdeut-
schen angegliedert werden. Die deutsch-österreichische Indus-
trie sollte in Deutschland völlige Zollfreiheit haben, aber
selbst durch einige Hölle noch geschützt bleiben. Für die
Umwandlung der Währung sollte die Krone für mehr
als eine halbe Mark angerechnet werden. Die Hochschulen,
Museen, Theater wären vom Reich erhalten worden. Man
dürfte aber all dies nicht veröffentlichen, denn Deutschland
fürchtete, daß ihm die Entente angelächelt solcher Opfer-
willigkeit auch noch die österreichischen Kriegskosten auf-
bürden würde.

Italien: Die Annäherung zwischen Vatikan und Durrin.

Eine römische Korrespondenz des „Corriere della Sera“
beschäftigt sich mit den in letzter Zeit erfolgten Gunst- und
Gleichheitsbeziehungen, die zwischen dem Vatikan und dem
Durrin hergestellt wurden. Zu der Ordensverleihung an
den Erzbischof von Pisa, Kardinal Magli, ist jetzt die
Ueberlassung eines Schiffes an den Kardinal Giustini für
dessen Reise nach Palästina gekommen. Schon früher hat
sich der jetzige italienische Ministerpräsident Nitti, als sein
Sohn in deutsche Gefangenschaft geraten ist, mit Erfolg
an den Kardinalstaatssekretär Gaspari gewandt. Darauf
haben sich gewisse freundschaftliche Beziehungen hin und
her entwickelt, doch wäre es gewagt, bereits auf eine
politische Verständigung zwischen dem Heiligen Stuhl und der
italienischen Regierung schließen zu wollen.

England: Der englische Gewerkschaftskongress für „direkte Aktion“.

Die ganze englische Presse erging sich in Lobpreisun-
gen an die Adresse von Stuart Burnings, den Vorsitz-
enden des Gewerkschaftskongresses, wegen seiner Rede gegen
eine direkte Aktion, womit man politische und revolutionä-
re Streiks meint. Jetzt kommt ein Bericht aus London,
daß der Kongress bei der Abstimmung über den Antrag
Emillie sich spaltete und klar zugunsten der direkten
Aktion ausgesprochen habe. Die Abstimmung ergab eine
Mehrheit von 2 586 000 Stimmen gegen 1 900 000 Stim-
men. Man glaubt, daß bei einer Abstimmung der Biffen-
unterschied noch geringer würde. Emillies Antrag wurde
vieleicht am meisten deshalb angenommen, weil er sehr
scharf gegen die Regierung Lloyd George Stellung nimmt.

Local- u. Provinzialnachrichten

Bielefeld, 13. September 1919.

Zum Kongress für Innere Mission. In der ersten
Hauptversammlung des Kongresses wird der frühere Reichs-
kanzler, Oberpräsident a. D. Dr. Michaelis über
Christentum und Sozialismus sprechen. Das
ist längst ein brennendes Thema. Ob die neueste Entwid-
lung nicht eine Klärung anbahnt? Jedenfalls ist das Pro-
blem nicht vom Parteistandpunkt aus aufzufassen. Dazu ge-
hört eine überlegene Betrachtung der Erscheinungen am
Volkstörper und ihrer Ursachen, ihre Würdigung in Liebe
und ernster Wahrhaftigkeit. Wo das Christentum vom
wirtschaftlichen Interesse aus einzeln oder klassenegoistisch
beurteilt wird oder auch von irgend einem gegebenen wissen-
schaftlichen Standpunkt aus, da wird es unwürdigen oder
doch zeitlich beschränkten Gesichtspunkten untergeordnet und
von vornherein in einem falschen Gesichtswinkel gesehen, so
daß Irrtümer und Konflikte unvermeidlich sind. Das
Christentum (nicht der einzelne Christ) darf nach der unvor-
gleichlichen, auch durch Trübungen immer wieder hervor-
brechenden Bewährung seiner Grundsätze den Anspruch er-
heben, ein unvergleichlicher Maßstab sittlicher Orientierung
zu sein, wie im Einzelleben, so auch im sozialen Leben,
freilich nicht in den technisch-sozialwirtschaftlichen Fragen,
also im äußerlichen Sinne, aber es gibt die innere Gewissen-
haftigkeit, es sichert die sittlichen Vorbedingungen, die Liebe
und die Gerechtigkeit, die die Quintessenz alles wirklich
gemeinsinnigen sozialen Lebens sind, ohne die sich alles,
trotz sozialen Namens, in eigensüchtige und klassengeistige
Sonderinteressen auflöst, verhängnisvoll zum Schaden des
Ganzen. Ob die Vertreter des Christentums in den letzten
Jahrzehnten diesen unzerbrechlichen Maßstab in der rechten
Weise, in Ernst und Liebe, geltend gemacht haben? Ob
andererseits der politische Sozialismus unter den harten
Belastungsproben und Enttäuschungen, unter denen er steht,
nicht mehr Verständnis findet für die unentbehrlichen
ernsten, sittlichen Voraussetzungen, für die schöpferischen
Lebenswerte christlicher Gesinnung, die er bisher so gering
geschätzt hat? Wir können dem Inhalt des Vortragsthemas
nicht vorgreifen. Wir wissen nicht, wie der Referent es
behandeln wird. Aber wir dürfen Gedanken von hoher
Barte erwarten.

Lebensmittelverkauf im Landkreise Bielefeld vom
15. bis 20. 8. 1919. 1. Nahrungsmittel. Graupen oder Radeln
werden ausgegeben in allen Kolonialwarenhandlungen an
alle Nahrungsmittelverbraucher. Gegen Abgabe der
Lebensmittelmarte Nr. 1 erhält jeder 1/4 Pfund zu den be-
kannten Höchstpreisen. 2. Brotausstoß. Sämtliche Zettver-
sorgungsberechtigte erhalten in den Butterverkaufsstellen,
wo sie eingetragen sind, gegen Abgabe der Lebensmittelmarte
Nr. 6 je Person 1/4 Pfund Runkelrübe zu den be-
kannten Höchstpreisen. 3. Tilsiter Käse. Tilsiter Käse
kann nur in den Gemeinden Bradwebe, Gellershagen,
Schildeke, Bauerhacht Schildeke, Subbrad, Quelle und
Stieghorst verteilt werden. Jeder Zettverorgungs-
berechtigte erhält gegen Abgabe der Lebensmittelmarte
Nr. 7 in der Butterverkaufsstelle, wo er eingetragen ist,
50 Gramm zum Preise von 34 Pfennig für die Einheit. Die
Kundenkarte ist unbedingt vorzuzeigen. Wir machen die
Verkäufer ausdrücklich darauf aufmerksam, daß streng nach
der Kundenliste verkauft und die Kundenkarte abgestempelt

wird. Die Marken sind am Dienstag, den 23. d. M., auf-
geklebt in Zimmer Nr. 15 abzuliefern. — 4. Sonder-
zumeisungen. Sämtliche milchverforgungsberechtigten Kin-
der von 3 bis 6 Jahren erhalten in den bekannten Kranken-
verkaufsstellen gegen Abgabe der vom 1. 9. bis 28. 9.
gültigen Kets- und Puddingpulvermarkte je Person 1/2 Pfd.
Sago zu M. 1.30 für 1 Pfd. und 1 Rolle Kets zu 39 Pfg.

Auf „Ein ernstes Wort an unsere Leser“ in Nr. 191
gingen weiter ein: L. B., Wilhelmshaven, 3 M.; Frau W.,
Kosfeld (Kr. Dsch. Krone) 5 M.; Dr. W., Bethel, 10 M.;
J. Ph., Bischofswerda, 10 M.; M. Z., Wörishofen, 20 M.;
E. B., Schildesche, 5 M.; Reichsbankvorstand S., Wanne,
13 M.; E. W., Murnau, 3 M.; A. B., Mülhader, 5 M.; J. S.,
Hubertusburg, 12 M.; Frau L., Wulfsfelde, 5 M.; Fr. v. R.,
Niederlöhne, 3 M.; Fr. H. S., Halle a. Saale, 3 M.; Dr. R.,
Amberg, 5 M.; Oberlehrerin M. C., Berlin-Charlottenburg,
5 M.; Lehrerin E. C., Berlin-Pantow, 10 M.; S. P. Behrste,
5 M.; Dr. med. S., Duisburg, 10 M.; A. M., Ibenberg, 5 M.;
Frau Th. M., Al. Harrie, 10 M.; Pastor a. D. R., Ohlau,
2 M.; S. R., Treptow (Rega) 1 M.; Frau W. Bismar, 3 M.;
Schw. B., Rheda, 4 M.; M. Sch., Reutlingen, 5 M.; Sch. Sch.,
Enger, 3 M.; R. D., Bergneustadt, 3 M.; J. R., Burg, 3 M.;
Lehrerin E. R., Hildesheim, 5 M.; Pfarrer R., Höchst, 10 M.
Herzlichen Dank! Wer hilft weiter?

Sehr preiswert zu verkaufen!

im ganzen oder geteilt, Wert 500 000—600 000 Mark
Großes Anwesen im Vonnusort,
in 60 Min. von Frankfurt mit der Elektrischen oder Bahn
zu erreichen, über 24 000 qm Flächeninhalt, erweiterungs-
fähig, 900 qm bebauter Fläche der Wohngebäude, 200 qm
großer Saal und mehrere mittelgroße Säle, Küchen und
Bäder, ca. 80 Zimmer (auf Wunsch mit Einrichtung).
500 qm bebauter Fläche neuzeitlich eingerichtete Ökonomie
und Stallgebäude. Park und großer Obstgarten.
Das Anwesen eignet sich als Pension, Hotel, Land-
erziehungsheim, Sanatorium, Diaconissenhaus und dergl.
Nähere Auskunft erteilt:
Mag. Rabe, Architekt und Baumeister,
Bad Homburg v. d. H., Gymnasiumstraße 16, Fernspr. 721.

Bekanntmachung

Anträge auf Erteilung eines Wandergewerbe-
scheines für 1920 sind in der Zeit vom 15. September
bis 10. Oktober d. Js. im hiesigen Amtsgerichtszimmer zu
beantragen. Wenn für das Vorjahr ein Wandergewerbe-
schein erteilt war, so ist er mit vorzulegen.
Gadderbaum, den 8. September 1919.
Der Amtmann: Landgraf.

Christlich-nationales Gewerkschaftskartell

Kartellmitglieder-Versammlung
Sonntag, den 14. September, vormittags 10 1/2 Uhr:
„Christliche Gewerkschaftsbewegung und das Räteystem“.
Redner: Schriftleiter G. W. I. e b e r, Duisburg.
Alle dem Kartell angeschlossenen Verbände wollen sich
pünktlich zu der Versammlung einfinden.
Der Kartellvorstand.

Neue Bücher:

Als wichtige und hochbedeutsame Ergänzung zu Ludendorff:
„Meine Erinnerungen 1914—18“ ist als Nachtrag erschienen,
Das Scheitern der neutralen Friedensvermittlung
August/September 1918 von
Ludendorff, General der Infanterie.
Preis kart. M. 2.—.

Das kürzlich veröffentlichte amtliche Werkbuch enthält, wie
nachgewiesen, eine höchst lückenhafte und einseitige Vorgeschichte
des Waffenstillstandes, die nach den Umständen zu verurteilen
und zu berichtigen General Ludendorff in dieser Neuerscheinung
sich zur Aufgabe macht. Der Nachweis wird erbracht, daß die
erhobenen Vorwürfe gegen die Oberste Heeresleitung durchaus
ungerechtfertigt sind und die Schuld an dem Scheitern der
neutralen Friedensvermittlung den damaligen Vetter der Aus-
wärtigen Politik trifft.

v. Lettow-Vorbeck, Im Vaterland und Kolonie
v. Rüdteffell, Der Feldzug in Ostafrika
in einem Buch vereinigt.
Herausgegeben von der Deutschen Kolonial-Kriegerspenne.
Preis kart. M. 3.—.

Das Buch enthält Schilderungen der heldenhaften Taten
unserer Schutztruppe in Deutsch-Ostafrika. Packend und fesselnd
wird der ausrichtlose Kampf gegen eine so ungeheure Übermacht
und vor Augen geführt. Ungebrochen und aufrecht stand die
Truppe auch dann noch, als die Heimat längst zertrümmert
war. Staunend legt man dies Buch aus der Hand.

Gottincher-Fragen.

Ein Wegweiser für solche, die nach der Wahrheit suchen.
Von Paul Mahler, Pfarrer in Berlin.
Preis broschiert M. 2.—, gut gebunden M. 2.50.
In lebendiger, praktischer Weise werden hier wichtige
Fragen behandelt, an denen suchende Seelen sich wunderten
können. Mögen viele, denen das religiöse Moment in ihrem
Leben problematisch ist, zu diesen Ausführungen greifen.

Auf die vorstehenden Preise tritt ein Teuerungszuschl. von 10%.
Buchhandlung der Anstalt Bethel
Bethel b. Bielefeld.

Letzte Nachrichten.

„Große Lebensmittelkriege“ sind in dem We-
terhafen Brate (Oldenburg) entdeckt worden. Der Ar-
beitererrat zeigte bei der Regierung an, daß mehrere
hundert Zentner Speck, Schinken und Marmelade min-
derwertig geworden oder verdorben seien. Die Re-
gierung hat die gesamten Vorräte beschlagnahmt. Die
Eigentümer sind nicht bekannt.

Die Neuordnung der Wehrmacht.

Mit dem 1. Oktober d. Js. hören die Kriegs-
ministerien der einzelnen Länder zu bestehen auf und
werden im Reichswehrministerium zu einer einzigen
Befehlshaberstelle zusammengefaßt. Dadurch wird eine Neu-
ordnung des Reichswehrministeriums bedingt: dieses
wird künftighin in zwei Teile zerfallen: einen für
die Landmacht und einen für die Marine. An die
Spitze der Abteilung für die Landmacht wird voraus-
sichtlich der bisherige preussische Kriegsminister Rein-
hardt treten, der damit natürlich aus dem preussischen
Staatsministerium ausscheiden würde.

Die Heimkehr der Gefangenen.

Den holländischen Blättern zufolge haben die nie-
derländische Regierung und die in Betracht kommen-
den niederländischen Eisenbahngesellschaften dem Plane
zugestimmt die noch in England befindlichen deut-
schen Kriegsgefangenen in Transporten von je drei-

tauend Mann über die Niederlande nach Deutschland
zurückzuführen.

Reuter meldet, die Kriegsgefangenen Transporte aus
England werden ab 15. September täglich 4200 Mann
betragen. Weitere Erhöhungen der Zahl der heim-
zuführenden Gefangenen sind für die vierte Sep-
temberwoche zu erwarten.

Erhöhung des französischen Heeresetats.

Die Pariser Blätter melden, daß der neue fran-
zösische Heeresetat eine Erhöhung des Heeresbestandes
gegenüber dem Stand von 1914 um zwei Armeekorps
bringen wird. Die Erhöhung wird sich aus den wehr-
pflichtigen Esch-Löhringern und einer neuen Division
von Kolonialtruppen zusammensetzen.

Mitteilungen in China.

Der Newyorker Korrespondent der „Central News“
drahtet, daß eine amerikanische Firma mächtige Vie-
ferungsaufträge aus China erhalten habe. Es handle
sich um nicht weniger als für sechs Millionen Mark
Militärzeug, eine Million Paar Stiefel und andere
Ausstattungsgegenstände in entsprechender Menge. Die
Lieferung ist für die chinesische Regierung bestimmt
und steht in Verbindung mit der Schantungfrage.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraus, Bethel. — Druck und Verlag:
Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernspr. 74, Amt Bielefeld.
Alle für die Redaktion bestimmten Aufschriften sind zu richten nach Bielefeld
Schillerstr. 141. Was die Expedition betrifft, alle Inserate und Ab-
sendungen an die Redaktion: W. Kraus, Bethel. — Fernspr. 74, Amt Bielefeld.
Postfach 1000 Hannover.



Die Uhr der Zukunft

ist die Leuchtuhr, weil sie auch
nachts die Zeit bequem er-
kennen lässt. Jede Uhr kann
nachträglich in meiner Werk-
statt mit Leuchttaustattung ver-
sehen werden.

Fritz Böckelmann Ww.
Am Markt 5. Bielefeld. Telefon 711.

Haarausfall, Schuppen usw.

beseitigt sicher

Ernst Weiß rationelle Haarkur.

— Dankschreiben über Heilerfolge zur Einsicht. —

Weiss Haarpflege

Viktoriastr. 10 Bielefeld Viktoriastr. 10.

Uhren u. Goldwaren

Traurige in reizender Verpackung
empfiehlt in größter Auswahl bei streng reeller fachmännischer
Bedienung zu äußerst billigen Preisen mit langjähriger Garantie
W. Kremer, Herford, Radwegstr. 18.
Uhrmacher und Goldschmied.
Reparaturen in eia. Werkst. Solide Ausführung. Rügige Preise.

Ich suche alte Gebisse

auch zerbrochene und ganz alte Teile zu kaufen.

Pro Zahn
Zahle bis M. 4.—.
In Gold- und Platin-
Platten bis **12.50**

Ankauf nur Montag, den 15. Sept. von 3—6 Uhr
im Hotel „Deutsches Haus“.
— Zimmer beim Portier zu erfragen. —
Frau Muschke.

Die Evangelisch-soziale Schule

in Bethel b. Bielefeld

bildet Sekretäre für die christlichen Gewerkschaften aus. Sie
übermittelt auch Anträge auf Anstellung in der Gewerkschafts-
arbeit. Der Bedarf an Sekretären wächst täglich. Anmeldungen
geeigneter Persönlichkeiten sind deshalb willkommen. Geeignet
sind nur solche, welche wirklich Arbeiter gewesen sind und dann
sich ausgebildet haben, sei es als Diakon, Gemeindefürsorger,
Jugendpfleger, Missionsdiakon oder was es sei.

Der Leiter der Evangelisch-sozialen Schule
D. Jaeger.

Christlich gesinnter, an saubere
Arbeit gewöhnter
finderangenehme, dauernde Stelle
bei Karl Hees, Niederfelden,
Kr. Siegen.

Schuhmacherlehrling

zum 1. Oktober oder später ge-
sucht. **H. Dörmannhoff,**
Bielefeld, Jöllenbenderstr. Nr. 140.

W. Taubert
Bielefeld, Marktstraße 4.
**Stahlwaren-
Spezialgeschäft**
Schleiferei u. Reparaturwerkstatt

Zahnpraxis W. Heidebrede

Bielefeld, Grabenstraße 22.

Sprechstunden: Vorm. 9—1, nachm. 2—7 Uhr.

Damen-Hüte

zum Umpressen

(Fell, Velour, Felle u. s. w.)

erbitte jetzt

Wilh. Rahtert, Putz, Oberstr. 14.

Zerrissene Strümpfe,
Wollne, Baumwollne, Seiden
Flachs werden schnellstens re-
pariert bei
M. Jungblut
Altstädter-Kirchstr. 20.

Fr. Worpel, Herford
Musik-Instrumente
Klaviere, Orgeln, Harmonien
u. s. w.

Gesucht auf Land (Nähe
Bielefeld) gesundes nettes
Mädchen
für Hausarbeit und Hülfe in der
Küche. 15 Mk. monatl. Anf.-
Gehalt.
Gräfin Verbein, Garchau
b. Hageburg (Lauenburg).

Gesucht für sofort ein tücht.,
evangel. Mädchen,
18—20 Jahre alt, in Land-
pfarrhaus.
Frau Pastor Villwandt,
Bethel, Kr. Altena.

Zu sofort oder 1. Oktober
jüngeres Mädchen
für ländlichen Haushaltung
gesucht.
Emil Jacobs,
Hilfenhausen.

Gläub. Bädergeheile
sucht Stellung, am liebsten in
der Nähe von Bethel.
Ferdinand Bernhardt,
Windbergen, Post.

Kirchl. Nachrichten.

Bielefeld.

13. Sonntag nach Trinitatis,

14. September 1919.

Kollekte für das Evangelische

Beförderungshaus in Soest.

Altstädter Kirche. Vorm. 8 U.

Kandidat Noa. Vorm. 10 Uhr

P. Trautemann. Vormittags

11 1/2 Uhr Kindergottesdienst.

Abends 6 Uhr Gemeindefest.

Gottesdienst in der Reformi-

erten Kirche.

Neustädter Kirche. Vormittags

8 Uhr P. Kuhl. Vorm. 10 Uhr

P. Michaelis. Vormittags

11 1/2 Uhr Kindergottesdienst.

Abends 6 Uhr Gemeindefest.

Gottesdienst in der Reformi-

erten Kirche.

Reformierte Kirche. Vorm.

10 Uhr P. Conrad. Vorm.

11 1/2 Uhr Kindergottesdienst.

Abends 6 Uhr Gemeindefest.

Gottesdienst, P. Ufer. —

Donnerstag 8 1/2 Uhr Vorbe-

reitung zum Kindergottes-

dienst.

Sankt-Kirche. Vormittags

8 Uhr unbestimmt. Vorm.

10 Uhr P. Göttsche. Vorm.

11 1/2 Uhr Kindergottesdienst.

Abends 6 Uhr Gemeindefest.

Gottesdienst in der Reformi-

erten Kirche. Mittwochabend 8 1/2

Uhr Bibelgespräch, P. Köhne.

Beit-Kirche. Vorm. 10 Uhr

Missionsgottesdienst, Missio-

nar Bethel.

Johannes-Gemeinde. 10 Uhr

P. Heilmann, 8 1/2 Uhr Kin-

dergottesdienst, Auszug. —

3 1/2 Uhr Taufen.